

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Diesel-Nachrüstungen statt Fahrverbote

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich gegenüber dem Bundesverkehrsministerium dafür einzusetzen, dass zeitnah Nachrüst-Lösungen zur Reduktion des Schadstoffausstoßes von Dieselfahrzeugen angeboten werden, um im Raum stehende Fahrverbote in Innenstädten zu verhindern.

Hierzu müssen bei neueren Fahrzeugen in erster Linie die Fahrzeughersteller in die Pflicht genommen werden. Ferner sind verbindliche und technologieneutrale Vorgaben zu machen, welche Werte ältere Fahrzeuge erreichen müssen, um künftig nicht von Fahrverboten betroffen zu sein, damit auch externe Ausrüster entsprechende Nachrüst-Lösungen entwickeln und anbieten zu können.

Begründung:

Deutsche Automobilhersteller sind in der Dieselsechnologie weltweit führend. In Bayern hängen tausende Arbeitsplätze an Entwicklung, Produktion und Verkauf von Fahrzeugen mit Dieselmotor. Dieselfahrzeuge emittieren um rund 15 Prozent weniger CO₂ als vergleichbare Benziner. Sie leisten deshalb einen nicht unerheblichen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele der Bundesregierung.

Allerdings steht die Dieselsechnologie bei Automobilen derzeit schwer in der Kritik. Sie werden maßgeblich für überhöhte Stickoxid- und Feinstaubemissionen in zahlreichen deutschen Städten verantwortlich gemacht. Der Druck auf Politik und Behörden wächst, Maßnahmen zur Reduktion der Emissionen zu ergreifen. Besonders in München ist eine Diskussion um mögliche Fahrverbote entbrannt, aber auch weitere bayerische Städte sind betroffen.

Federführend führt das Land Baden-Württemberg derzeit Gespräche mit Automobilherstellern und externen Ausrüstern, um technische Lösungen für das Problem zu finden. In der Gesprächsrunde vergangenen Mittwoch wurden Fortschritte erzielt, jedoch müssen möglichst bald konkrete Ergebnisse folgen und auf Bundesebene verbindlich umgesetzt werden.

Die Hersteller müssen Lösungen vor allem für neuere Fahrzeuge anbieten, da mitunter sogar bei Euro 6-Fahrzeuge deutlich überhöhte Schadstoffemissionen gemessen wurden. Bei älteren Fahrzeugen, z.B. mit Euro 5, müssen Standards definiert werden, damit Hersteller wie externe Ausrüster geeignete Nachrüstsätze entwickeln und auf den Markt bringen können.

Die Zeit drängt, das Image des Diesels hat in letzter Zeit enorm gelitten, die Verkaufszahlen sinken. Um Vertrauen in die Diesel-Technologie zurückzugewinnen und damit letztendlich auch bayerische Arbeitsplätze zu sichern, ist schnelles und entschiedenes Handeln notwendig.